

Protokoll der Sitzung des JHA

vom 19.12.2019

Zeit: 16:30 Uhr – 18:30 Uhr

Ort: Amt für Soziale Dienste, Breitenweg 29-33

Teilnehmer/-innen und Gäste:
s. Anwesenheitsliste

Vorsitz: Frau Hüsken

Protokoll: Herr Grönert

Bremen, den 20. Januar 2020

TOP 01: Genehmigung der Tagesordnung

TOP 14 „Organisation, Leitung und Außenvertretung Landesjugendamt/Jugendamt“ wird analog dem Beschluss des LJHA ausgesetzt. Die aktualisierte Tagesordnung wird genehmigt.

TOP 02: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles

Eine Delegation von Jugendlichen der Kinder- und Jugendfarm Habenhausen trägt vor, dass es zu Kürzungen im Rahmen der Zuwendung für die Farm im Vergleich zum Vorjahr gekommen sei. Es sei ihr Wunsch, nicht nur Geld aus dem Stadtteilbudget, sondern aus der Gesamtstadt zu bekommen, da viele Kinder und Jugendliche aus anderen Stadtteilen die Farm in Obervieland besuchen würden. Hierzu wünschen sie sich die Unterstützung.

Herr Diener macht deutlich, dass die gute Arbeit der Kinder- und Jugendfarm unbestritten sei. Allerdings gebe es nur ein begrenztes Stadtteilbudget, das durch die Controllingausschüsse in den Stadtteilen verteilt wird. Besonders herausfordernd sei dabei in diesem Jahr, dass die zur Verfügung stehende Summe für 2020 aufgrund der haushaltslosen Zeit bis zur endgültigen Verabschiedung des Doppelhaushaltes 20/21 lediglich der aus 2019 entspricht. Hierdurch kann es zu einer Einschränkung in Angeboten kommen, da beispielsweise steigende Personalkosten nicht aufgefangen werden können.

Herr Goldschmidt weist darauf hin, dass die AG 78 Kinder- und Jugendförderung sich mit der Umsetzung des Rahmenkonzepts beschäftigt. Es werde zur nächsten Sitzung des JHA jedenfalls eine Sachverhaltsdarstellung der Vertreter*innen der freien Jugendhilfeträger vorgelegt werden.

Frau Schrader weist darauf hin, dass es im vergangenen Jahr eine ausführliche Debatte zum Thema Offene Jugendarbeit in der Stadtbürgerschaft gegeben habe und eine umfängliche Anfrage durch das Ressort SJFIS beantwortet worden sei. Obwohl die Mittel für die Jugendarbeit in den vergangenen Jahren erhöht wurden, konnten nicht alle Anträge vollumfänglich bewil-

ligt werden. Sie weist zudem darauf hin, dass nicht der Fehler gemacht werde dürfe, Antragsvolumen mit den Bedarfen der Jugendlichen im Stadtteil gleichzusetzen.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Herr Diener, Herr Barde, Herr Tuncel, Herr Goldschmidt, Frau Frank, Frau P. Krümpfer, Frau Hüsken, Herr Kocas, Frau Görgü-Philipp, Frau Schrader

Zwei Jugendliche aus der Neustadt tragen ebenfalls ein Anliegen vor. Sie würden sich für die Einrichtung eines Jugendbeirats in ihrem Stadtteil einsetzen und seien an den Jugendhilfeausschuss verwiesen worden. Ihnen sei unklar, wie ein Jugendbeirat aufgebaut werden könne. Den Jugendlichen wird empfohlen, Kontakt zur Ortsamtsleiterin Frau Czichon aufzunehmen. Frau Pfeiffer bietet zudem an, einen direkten Kontakt zu zuständigen Stellen herzustellen. Herr Kocas und Frau Lürßen bieten an, Kontakt zu Jugendbeiräten anderer Stadtteile herzustellen.

TOP 03: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 22.10.2019

Das Protokoll der Sitzung vom 22.10.2019 wird genehmigt. Im Protokoll findet sich der Hinweis auf einen Anhang, der dem Protokollentwurf nicht beigelegt war. Der Anhang wird dem genehmigten Protokoll beigelegt.

TOP 04: Quereinsteigermaßnahme: Einsatz von Quereinsteiger*innen als Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 05: Weiterer Kita-Ausbau in der Stadtgemeinde Bremen Interessenbekundungen von Freien Trägern, hier: Stadtteile Vegesack, Walle, Hemelingen, Osterholz und Neustadt/Obervieland

Herr Jablonski führt in die Vorlage ein.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 06: Kita-Standort Helsinkistraße

Herr Jablonski führt in die Vorlage ein.

Beschluss:

Für den Betrieb des künftigen Standorts Helsinkistraße wird KiTa Bremen anstelle des geplanten Standorts Burgdammer Straße vorgesehen

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 07: Erhöhung der Finanzierungspauschalen richtlinienfinanzierte Kindertageseinrichtungen

Änderung der „Richtlinie zur Förderung von Tageseinrichtungen gemeinnütziger Elternvereine und sonstiger anerkannter, in der Gruppenarbeit mit Kindern erfahrener, gemeinnütziger Träger in der Stadtgemeinde Bremen

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss stimmt den vorgeschlagenen Änderungen der "Richtlinien zur Förderung von Tageseinrichtungen gemeinnütziger Elternvereine und sonstiger anerkannter, in der Gruppenarbeit mit Kindern erfahrener, gemeinnütziger Träger in der Stadtgemeinde Bremen" zu und bittet die Senatorin für Kinder und Bildung um Umsetzung.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 08: Ablaufplan für das Kindergartenjahr 2020/2021

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum Ablaufplan für das Kindergartenjahr 2020/21 zur Kenntnis.

TOP 09: Kindergartenjahr 2019-2020 / Platzangebot und dessen Auslastung zum Stichtag 1. Oktober (Status III)

Herr Jablonski führt in die Vorlage ein. Er weist darauf hin, dass der Status III noch kein Indikator sei, ob die Situation auskömmlich ist. Es werden noch 39 Gruppen geschaffen, was ein positiver Ausblick sei. Trotzdem gebe es keine Entwarnung hinsichtlich Platzangebot und Auslastung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zum Status III zur Kenntnis.

TOP 10: Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII für die Stadtgemeinde Bremen

„Verein für Innere Mission in Bremen“

Herr Ketelhut, Vorstandssprechers des Vereins für Innere Mission Bremen stellt kurz die bisherigen Tätigkeiten des Vereins im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe in Bremen dar.

Teilnehmer/-innen an der Debatte:

Frau P. Krümpfer

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen beschließt, den „Verein für Innere Mission in Bremen“ als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII für die Stadtgemeinde Bremen anzuerkennen.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 11: Berichtsbitte des Jugendhilfeausschusses (vom 07.02.2019) an die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport zu Angeboten für Kinder im Grundschulalter in der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit

Frau Schrader führt in die Vorlage ein. Sie weist darauf hin, dass der Bericht sich aus das laufende Haushaltsjahr bezieht.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport zur Kenntnis.

TOP 12: Einberufung einer Unterarbeitsgruppe zur Aufstellung von Kriterien für stadtteilübergreifende Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Frau Schrader führt in die Vorlage ein. Sie schlägt vor, die 2016 begonnenen Debatten zur Finanzierung von stadtzentralen/stadtteilübergreifenden Angeboten erneut aufzunehmen und die AG Stadtzentrale Angebote OJA wieder einzuberufen. Ein Vorschlag zur Änderung der geltenden Förderrichtlinien zur Erweiterung der Kernzielgruppe auf Kinder unter 12 Jahren soll in der AG § 78 Kinder und Jugendförderung abgestimmt werden. Im Februar 2020 soll in der Deputation für Soziales, Jugend und Integration und in Jugendhilfeausschuss berichtet werden. In der Folge zu Frau Schraders Ausführungen entwickelt sich eine Debatte zu Beschlussvorschlag 2 und dabei insbesondere zu der Zusammensetzung der Unterarbeitsgruppe. Herr Barde schlägt vor, zusätzlich eine Vertretung der Jugendverbände in die Unterarbeitsgruppe aufzunehmen. Darüber hinaus gibt es unterschiedliche Positionen zur Teilnahme der politischen Vertreter*innen im Jugendhilfeausschuss. Herr Tuncel macht deutlich, dass aus seiner Sicht Vertreter*innen der drei Koalitionsfraktionen die Möglichkeit zur Teilnahme haben müssten. Herr Kocas beansprucht für die FDP ebenfalls ein Recht auf Teilnahme. Frau Ahrens kritisiert, dass versucht werde, die Opposition aus der Unterarbeitsgruppe herauszuhalten. Es werden zu 2. mehrere Beschlussvorschläge abgestimmt.

Teilnehmer/-innen an der Debatte:

Frau Ahrens, Herr Tuncel, Herr Barde, Frau Frank, Herr Kocas, Frau P. Krümpfer

Beschlüsse:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Beschluss der Bremischen Bürgerschaft zur Kenntnis und begrüßt diesen.
2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt eine Unterarbeitsgruppe zu beauftragen, Kriterien aufzustellen, nach denen in Zukunft die Zuordnung in stadtteilübergreifende Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit erfolgen kann. Ein Vorschlag, wie „eine Benachteiligung von Stadtteilen durch die Separierung der stadtteilübergreifenden Angebote vermieden kann, insbesondere jener Stadtteile ohne stadtzentrale Angebote“, wird in der Unterarbeitsgruppe entwickelt. Geleitet wird die Unterarbeitsgruppe von der Senatorin für Soziales, Jugend, Sport und Integration. In ihr wirken je...

Abgelehnter Änderungsvorschlag 1 (Vorschlag aus dem Plenum):

In ihr wirken je

fünf Vertreter/innen des Jugendhilfeausschusses,

fünf von der Beirätekonzferenz benannte Vertreter/innen,

vier von der Landesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände benannte Vertreter/innen der Freien Träger,

ein/e vom Bremer Jugendring benannte/r Vertreter/in und

vier Leitungskräfte des Amtes für Soziale Dienste

mit.

Zustimmung: 0

Gegenstimmen: 4

Enthaltungen: 10

Abgelehnter Änderungsvorschlag 2 (Antrag Herr Tuncel):

In ihr wirken je

drei Vertreter/innen des Jugendhilfeausschusses,

fünf von der Beirätekonzferenz benannte Vertreter/innen,

vier von der Landesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände benannte Vertreter/innen der Freien Träger,

ein/e vom Bremer Jugendring benannte/r Vertreter/in und

fünf Leitungskräfte des Amtes für Soziale Dienste

mit.

Zustimmung: 5

Gegenstimmen: 7

Enthaltungen: 2

Angenommener Änderungsvorschlag 3 (Antrag Frau P. Krümpfer):

In ihr wirken je

fünf von der Beirätekonzferenz benannte Vertreter/innen,

vier von der Landesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände benannte Vertreter/innen der Freien Träger,

ein/e vom Bremer Jugendring benannte/r Vertreter/in und

fünf Leitungskräfte des Amtes für Soziale Dienste

mit.

Zustimmung: 12

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 1

3. Der Jugendhilfeausschuss bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport in Abstimmung mit der AG § 78 Kinder- und Jugendförderung einen Vorschlag zur Änderung der geltenden Richtlinien für die Förderung der stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendarbeit.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 13: Sozialräumliche Weiterentwicklung des Jugendamtes

1. Sozialräumliche Weiterentwicklung des Jugendamt Bremens – Personalbemessungsmodell

2. Evaluation von Indikation und Wirkung der gewährten Hilfen zur Erziehung durch das Bremer Jugendamt ausgehend von der Organisationsuntersuchung zur Personalbemessung im Fachdienst „Junge Menschen“

Frau Frank führt in die Vorlage ein. Die Beschlussfassung durch die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration musste bereits vor Befassung im Jugendhilfeausschuss erfolgen, um den Haushalts- und Finanzausschuss zu erreichen. Die Personalbemessung basiere auf der Frage, ob der im Rahmen der Weiterentwicklung des Jugendamtes definierte Fachstandard mit dem vorhandenen Fachpersonal abgearbeitet werden könne. Es sei herausgekommen, dass hierfür ein erheblicher Personalaufwuchs notwendig sei. Dieser Fachkräfteaufwuchs sei nicht zuletzt in Hinblick auf den Fachkräftemangel schwierig umzusetzen, weshalb ein Stufenplan erarbeitet wurde. Das beauftragte Institut IN/S/O habe mehrere Treiber für den Personalbedarf identifiziert, die nun näher betrachtet werden müssten. Unter anderem seien der hohe Krankenstand und eine hohe Falldichte auffällig. Zudem sei von einem sogenannten Bugwelleneffekt auszugehen. In einer Überlastungssituation gebe es eine Spirale von schneller Hilfestellungen zur Entlastung und durch diesen Aufwuchs von eingesetzten Hilfen, wiederum mehr zu bearbeitende Fälle, wofür es einen höheren Personalbedarf gibt.

Neben dem Stufenplan zum Personalaufwuchs sei eine Organisationsuntersuchung hinsichtlich Fluktuation, Krankenstand, Rüst- und Systemzeiten, etc. geplant. Zudem solle das IKJ mit einer wissenschaftlichen Wirksamkeitsuntersuchung eingesetzter Hilfen zur Erziehung beauftragt werden. Der Haushalts- und Finanzausschuss habe letzterem bereits zugestimmt.

Herr Diener betont, dass die Vorlage bereits in der AG 78 HzE positiv zur Kenntnis genommen worden sei.

Es wird sich darauf geeinigt, dass die Expert*innen der durchführenden Institute zur Vorstellung ihrer Berichte im Anschluss an die Untersuchungen in eine Sitzung des Jugendhilfeausschusses eingeladen werden sollen.

Teilnehmer/-innen an der Debatte:

Herr Diener, Frau P. Krümpfer, Frau Leonidakis, Frau Ahrens

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Beschlüsse der städtischen Deputation für Soziales, Jugend, Integration und Sport zur sozialräumlichen Weiterentwicklung des Jugendamtes zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, ihm zur Umsetzung erneut zu berichten.

TOP 14: Organisation, Leitung und Außenvertretung Landesjugendamt / Jugendamt

Ausgesetzt und verschoben auf den 20.02.2020 (siehe Genehmigung der TO).

TOP 15: Abstimmung der Terminplanung 2020

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Terminplanung zur Kenntnis.

Die Terminplanung ist somit beschlossen.

TOP 16: Klausurtagung 2020

Es konnte aufgrund von bereits festgelegten Terminen der verschiedenen Beteiligten kein passender Termin für eine Klausurtagung gefunden werden. Die Geschäftsführung wird erneut die Terminsuche aufnehmen. Gegebenenfalls kann die Klausurtagung erst in der zweiten Jahreshälfte 2020 stattfinden, Ziel ist es aber weiterhin spätestens im Juni einen Termin zu finden. Auf Nachfrage wird klargestellt, dass beratende Mitglieder zur Klausurtagung eingeladen werden.

TOP 17: Berichte der Verwaltung

• Fachtag „Demokratie in Gefahr? - Autoritäre Verheißungen in einer komplexen Welt“

Frau Schrader weist darauf hin, dass es auf der Homepage (<https://www.demokratiezentrum.bremen.de/aktuelles-2046>) erste visuelle Eindrücke in Form von Filmclips zu dem Fachtag gebe. Bis Ende Februar werden auch die gehaltenen Fachvorträge eingestellt. Es sei lohnenswert, sich diese anzusehen.

• Bericht über den Fachtag Gelingensfaktoren in der Hilfeplanung

Herr Diener berichtet über den Fachtag, der in Zusammenhang mit dem Prozess der Weiterentwicklung des Jugendamtes zu sehen sei. 170 Teilnehmer*innen von freien und öffentlichem Trägern haben an dem Fachtag teilgenommen. Dabei hätten die gemeinsamen Schnittstellen im Rahmen der Hilfen zur Erziehung im Fokus der Betrachtung gestanden. Themen seien unter anderem die unterschiedlichen Rollen, Aufträge, Mandate und die Handlungsempfehlung der BAGLJÄ gewesen. Insgesamt sei man in Bremen auf einem guten Weg, die Atmosphäre sei konstruktiv gewesen. Es gebe allerdings auch noch viel Gesprächs- und Handlungsbedarf für die Zukunft. Häufig käme es zu Unklarheiten in den Rollen, auch sei eine enge Verknüpfung der Thematik zu Kinderschutz sehr deutlich geworden. Fachlich besonders herausfordernd sei die Sicherstellung der angemessenen Partizipation von Kindern, Jugendlichen und Familien. Den wichtigsten Themen werde sich weiter gewidmet. Herr Schmitt ergänzt, dass der Fachtag aus Sicht der freien Träger ein guter Anfang gewesen sei, es aber gleichzeitig auch heterogene Rückmeldungen gegeben hätte. Manche Teilnehmer*innen sei die Atmosphäre zu freundlich gewesen. Insgesamt bewerte er den Fachtag aber ebenfalls positiv.

• Spielleitplanung für die Neustadt

Frau Schrader berichtet, dass am 29.11.2019 eine Fachveranstaltung in der Bremer Neustadt stattgefunden hat. Hier sei gemeinsam mit Spiellandschaft Stadt eine modellhafte Spielleitplanung durchgeführt worden. Die Ergebnisse wurden unter Beteiligung der Senatorin präsentiert. Prozessbeteiligte und Beiratsvertreter*innen aus der ganzen Stadt seien, genau wie der Fachdienst Spielraumförderung und die Steuerungsgruppe, eingeladen gewesen. Themen seien unter anderem beispielbare Schulwege, der Jugendtreffpunkt Werdersee, der begrenzte öffentliche Raum und die Möglichkeit der Einrichtung temporärer Spielstraßen gewesen. Auf der Homepage des Ressorts können bei Interesse noch weitere Hintergrundinformationen nachgelesen werden.

TOP 18: Verschiedenes

Herr Goldschmidt fragt nach dem aktuellen Sachstand zum Unterausschuss Jugendhilfe-Schule. Frau Frank informiert, dass dieser im Sommer noch einmal einberufen worden sei. Es sei besprochen worden, die Form und die Intensität, mit der diese Thematik u.a. angesichts der Ziele in der Koalitionsvereinbarung weiter zu bearbeiten ist, nach Konstituierung im Jugendhilfeausschuss zu beraten ist. Formal müsse der Jugendhilfeausschuss zunächst entscheiden, welche AG nach § 78 SGB VIII und welche Unterausschüsse von ihm eingesetzt werden.

Herr Barde fragt nach dem Sachstand zum Vorschlag, die Sitzungsunterlagen zukünftig in einem Online-Speicher zur Verfügung zu stellen. Herr Diener berichtet, dass derzeit die Möglichkeit geprüft wird, das Transparenzportal hierfür zu nutzen. Schwierigkeiten bereiten vor allem die technische Umsetzung sowie die Frage nach notwendigen Ressourcen sowie Schnittstellenprobleme. Es werde nach Möglichkeiten einer guten und schlanken Umsetzung gesucht, gebe aber noch keine Lösung.

für das Protokoll:

Timon Grönert